

Klimabedingte Migration neu denken

Mareike Röpstorff

Buchbesprechung

30 Jahre Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein erfordern auch ein Innehalten und den Ausblick darauf zu wagen, was an neuen zu den althergebrachten Fluchtgründen dazu kommen wird und künftig noch mehr Menschen heimatlos und schutzbedürftig machen wird. Dazu haben wir eine lesenswerte Lektüre entdeckt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in ihrer Publikationsreihe „Demokratie“ den englischsprachigen Titel „Climate Justice and Migration – Mobility, Development, and Displacement in the Global South“ herausgebracht: ein Sammelband mit elf Beiträgen von verschiedenen Autor*innen zur klimainduzierten Migration. Die Veröffentlichung nimmt unterschiedliche Perspektiven ein und zeichnet ein komplexes Bild des Zusammenhangs von Klima-Veränderungen und Migration. Sowohl geographisch als auch thematisch decken die gewählten Beispiele aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik diverse Bereiche ab, z. B. Gesundheit, Sozioökonomie, Recht und Politik. Methodologisch reichen die Beiträge von anthropologischen Beobachtungen, rechtlichen Analysen über soziologische Betrachtungen bis zu journalistischen Investigationen.

Was ist klimainduzierte (Im) Mobilität?

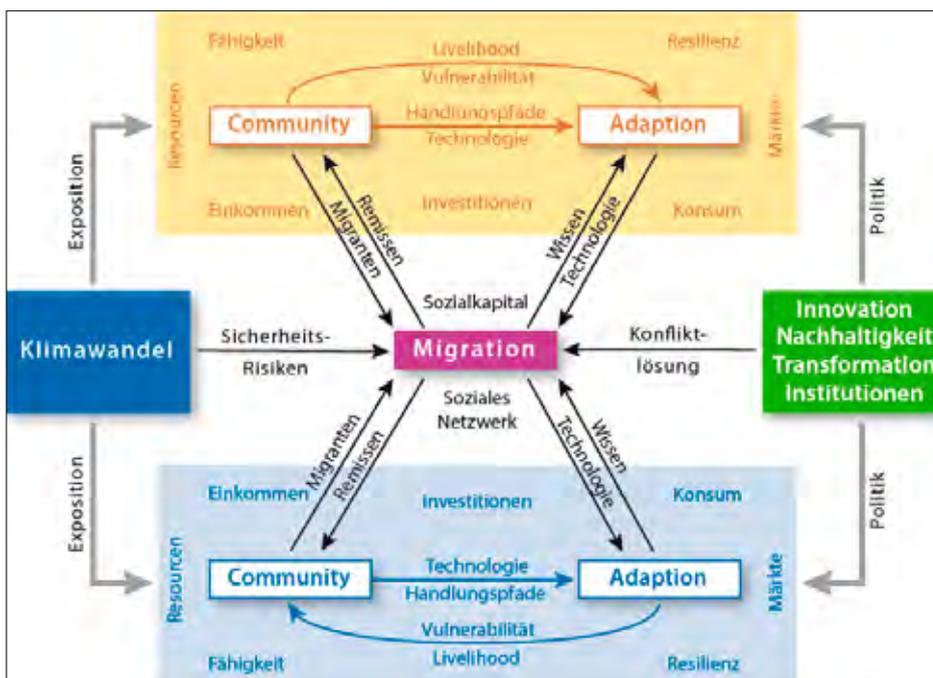
Das Konzept der klimainduzierten (Im) Mobilität schließt sowohl erzwungene Binnen- und internationale Migration mit ein, als auch die unfreiwillige Immobilität.

Mit dem Phänomen sind also zum einen weitläufig mit dem Stichwort „Klimaflucht“ assoziierte Situationen gemeint, wie

- steigende Meeresspiegel, die zu Landverlust und damit erzwungener Migration führen – der offensichtlichsten, direktesten und vielleicht dramatischsten Form von klimainduzierter Migration. Zu beobachten z. B. auf den pazifischen Inseln Kiribati und Tuvalu.
- Extremwetterereignisse wie Hurricanes, Dürren und Fluten, aufgrund derer Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Die Publikation lenkt den Blick aber auch auf weniger ausgeleuchtete Bereiche der durch Klima im weitesten Sinne bedingten Mobilität oder Immobilität, wie

- Umsiedelungen durch Landraub durch Unternehmen und Regierungen, z. B. für den Bergbausektor oder Infrastrukturprojekte
- enorm steigende Preise für Wohnraum in Städten, die es armer Landbevölkerung unmöglich machen, in Städte umzuziehen, wenn sie durch Umweltfaktoren ihre Lebensgrundlage auf dem Land verlieren (erzwungene Immobilität)
- langsame Migration, also schleichende Prozesse, wie auf dem eigenen Land immer weiter umzuziehen, bis es irgendwann ganz weg ist
- Binnenmigration, die oft nicht als klimainduziert erkannt wird. Z. B. wenn neue, exportorientierte Formen von Land- und Wasserwirtschaft in Küstengebieten traditionelle Formen des



Fischens unterminieren und diese so unrentabel werden, dass Menschen gezwungen sind, wegzuziehen. Viele versuchen dann, innerhalb ihrer Region oder ihres Landes zu migrieren. Erfolgchancen dafür hängen von finanziellen sowie situativen Verhältnissen, Klassen- und Besitzlagen und sozialen Netzwerken der Betroffenen ab.

Die Autor*innen stellen fest, dass Migration eine grundlegende Tatsache der menschlichen Geschichte ist und dass auch umweltbezogene Migration weder ein neues Phänomen, noch notwendigerweise krisenbezogen ist. Neu sei hingegen die Entwicklung des Diskurses über Klima und Migration: Es werde zunehmend versucht, auf das Konfliktpotential der Klimakrise hinzuweisen – und zwar nicht mit der Motivation, potentiell Betroffene zu schützen, sondern vielmehr, um zum Schutz der Grenzen der sogenannten Festung Europa aufzufordern.

Scheinlösungen „Adaption“ und „Resilienz“

Aufrufe zu mehr „Adaption“ und „Resilienz“ betroffener Bevölkerungsgruppen scheinen sowohl in Bezug auf die Corona- als auch auf die Klimakrise derzeit die Trendlösungen in allerlei journalistischen Publikationen. Allerdings verschieben sie die Verantwortung für die Lösung des Problems von den Verursacher*innen (also der gesamten Menschheit, insbesondere der Industrie der Kohlenstoff-intensiven Länder) auf die Betroffenen selbst (vor allem besonders verletzte Gruppen und arme Bevölkerung im sogenannten Globalen Süden). Beide Konzepte sind Produkte einer Imagination, in der keine andere Welt und keine andere Form von Wirtschaften und Verantwortung vorstellbar ist, als das derzeitige Regime.

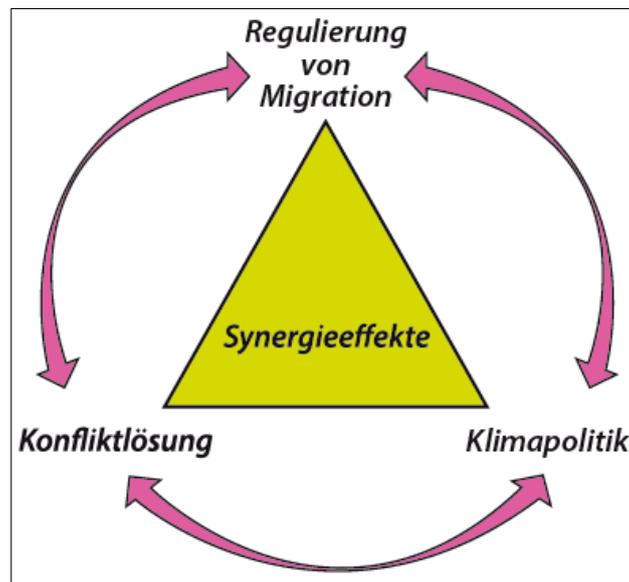
„Wo die Vorstellung, dass der Klimaflüchtling bei ihnen vor der Tür steht, dem Westen Angst einjagt, bleibt das resiliente Subjekt ‚an seinem Platz‘ und erträgt die Verantwortung für seine fortgesetzte Existenz auf dem Planeten“ (übersetzt nach Ali Nobil Ahmad und Kirsten Maas-Albert, 2020).

Das Konzept der Adaption bleibt außerdem zu oft auf die Betrachtung wirtschaftlicher Lagen beschränkt und lässt Gesundheit und Wohlergehen unbeachtet.

Klimainduzierte Migration neu denken

Die Autor*innen identifizieren die ungleiche Landverteilung und die ungleiche Verteilung globaler Verursachung von und Belastung durch Umweltschäden als die eigentlichen Probleme. Klimainduzierte Migration müsse daher in einem weiteren Kontext gesehen werden und wirtschaftliche Entwicklungen durch landwirtschaftliche Modernisierung und Urbanisierung miteinbeziehen.

Dabei spielen insbesondere Städte eine zentrale Rolle. Die Industrie, Verschmut-



zung und Bevölkerungsdichte in urbanen Gebieten haben Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlergehen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung. Diese Faktoren zu regulieren und die schädlichen Auswirkungen gering zu halten, liegt zu einem hohen Maß in der Verantwortung der Städte. Zum einen breiten sich Städte und Industrie immer weiter in ländliche Gebiete aus und zerstören damit die Lebensgrundlagen der dortigen Bevölkerung. Zum anderen können eben jene vom Land vertriebenen Bevölkerungsgruppen nicht in die Städte ziehen, da sie sich die dortigen Preise für Wohnraum nicht leisten können.

Auch der zeitliche Rahmen dessen, was wir als klimainduzierte Migration verstehen, muss neu gedacht werden. Für eine allumfassende, gerechtigkeitsbasierte internationale Antwort müssen z. B. auch langsame, weniger sichtbare Formen der klimainduzierten Migration als solche erkannt und sichtbar gemacht werden. Wer zum Beispiel innerhalb seines eigenen Landes immer ein Stückchen weiter ins Landesinnere zieht, bis das Wasser

sein ganzes Land verschluckt hat und er ganz umziehen muss, gilt erst ab dem Zeitpunkt, ab dem er sein Grundstück verlässt, als displaced. Der Verlust seines Landes ist jedoch irreparabel und niemand wird ihn dafür entschädigen.

Wie kann es also weitergehen?

Ländliche und indigene Bevölkerungsgruppen fordern seit Jahrzehnten eine Umverteilung von Landbesitz sowie Lebensunterhaltstrategien, die auf nachhaltiger Bewirtschaftung von Land basieren. Die Autor*innen fordern dazu auf, ländliche Bevölkerungen klimagerechtigkeitsbasiert zu empowern – in einer Form, die ihr Recht auf ein Leben in Würde auf ihrem Land anerkennt. Displaced People müssen außerdem finanziell und rechtlich unterstützt werden.

Um gerechtere Mechanismen zu entwickeln, mit der Krise umzugehen, brauchen die Bedarfe und Stimmen der Organisationen der Zivilgesellschaft mehr Gehör im Diskurs. Diskussionen über klimabedingte Migration sollten weit über damit assoziierte Sicherheitsfragen für scheinbare Migrationszielorte hinausgehen. Vielmehr muss der politische Rahmen ausgeweitet werden, um das ganze Bild zu sehen und die vielen verschiedenen Formen und

Wege von klimainduzierter Mobilität und Immobilität sichtbar zu machen. So soll es schließlich möglich werden, die Interdependenz der Welt und der Menschheit zu erkennen und den Weg Richtung globaler Solidarität und Verantwortung zu gehen.

Dass Umdenken und Wechsel des politischen Handelns durchaus möglich sind, zeigt nicht zuletzt die derzeitige Coronakrise:

„Bei allem Elend, das durch die verheerende Ausbreitung von Covid-19 verursacht wurde, war die Schnelligkeit und das radikale Ausmaß der gesellschaftlichen Reaktion eine eindrucksvolle Lektion über die Fähigkeit und den Willen der Menschen, ihr Verhalten zu ändern“ (übersetzt nach Ali Nobil Ahmad und Kirsten Maas-Albert, 2020).

Mareike Röpstorff ist Mitarbeiterin beim Flüchtlingsrat SH in der Koordination des Netzwerks zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten – Alle an Bord! Quelle: www.boell.de/de/2020/12/04/climate-justice-and-migration